

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Riesa
Formel Nr. 20
Postfach Nr. 22

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weihen beiderseits bestimmte Blatt.

Postkonton
Nr. 1530.
Streffler:
Riesa Nr. 22.

Nr. 46.

Mittwoch, 24. Februar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Vorbezug RM. 1.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Stellen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und unübersichtlicher Satz 50%, Aufschlag. Feilsche Karte. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour, Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa, 1883/84. Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Verlegererweiterungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Redaktionsrat und Verlag: Bangor & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.**

Stürmischer Auftakt im Reichstag. Die Sitzung unterbrochen. — Abg. Goebbels (Natsoz.) ausgeschlossen.

vda. Berlin, 23. Februar 1932.

Die Stürmszenen, mit denen beim Wiederauftritt des Reichstags in der letzten politischen Session zu rechnen war, sind folgendermaßen programmäßig über die Bühne gegangen. Die vielen Jubler, die die Tribünen bis auf den letzten Platz füllten, kamen in dieser Beziehung auf ihre Kosten in der ersten Reichstags-Sitzung, die am Dienstag nach der langen Winterpause stattfand. Auf der Tagesordnung stand bekanntlich als einziger Punkt die Beschlußfassung über den Termin der Reichspräsidentenwahl, aber es handelte sich vornehmlich um die über diesen rein formalen Akt hinaus der Reichstag sich in einer großen politischen Aussprache mit der Regierung auseinandersetzen würde.

Reichsminister Brüning beschränkte sich allerdings in einer kurzen Erklärung ganz auf die Tagesordnung. Er unterbreitete dem Reichstag den Vorschlag der Regierung, wonach bei der Reichspräsidentenwahl der erste Wahlgang am 18. März, der eventuell notwendig werdende zweite Wahlgang am 10. April stattfinden soll.

Als erster Redner erhielt der

Abg. Dr. Goebbels

(Nat.-Soz.) das Wort. Er erklärte: Das hervorsteckendste Merkmal der politischen Entwicklung der letzten zwei Jahre in Deutschland ist der 14. September 1930. Aus dem Verfall der bürgerlichen Parteien kristallisierte sich eine schlagkräftige Armee der Nationalsozialisten. Anstatt daß die Nationalsozialisten nun an der Macht beteiligt würden, erklärte Reichskanzler Dr. Brüning am dem Tage nach der Wahl, es habe sich nichts geändert, es bleibe beim alten Kurs. Diese Erklärung stellte eine Verfassung des Wahlergebnisses dar. Es geht auch nicht an, daß die dem politischen Bankrott entgegengehenden Parteien den zur Macht drängenden Parteien Vorschriften über ihr späteres Verhalten machen. Die Annahme, daß es sich beim Anmarsch der nationalsozialistischen Bewegung um eine kurze Fieberkurve handelte, hat sich, wie die letzten Wahlergebnisse beweisen, als irrig erwiesen. Nicht die Schuld der Nationalsozialisten ist es, daß der deutsche Kredit im Ausland insanken gekommen ist, (Lebh. Widerspruch links und im Zr.), sondern es ist die Schuld der Regierung, die verhindert hat, daß die Nationalsozialisten den Anteil an der Macht erhielten, den ihnen das Volk durch die Wahlen zugesprochen hat. (Lebh. Beifall bei den Nat.-Soz.). Das Jahr 1932 wird für Deutschland die entscheidendsten politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen bringen.

Der Redner umreißt die gegenwärtige und wirtschaftliche und politische Lage, die ein Bild grauenhafter Verwüstung biete. Die Notverordnungspolitik hat die Gesundheit des deutschen Volkes gefährdet.

Im Innern verschärfen sich die Gegensätze mehr und mehr. Die politischen Fronten marschieren in erbitterter Feindschaft gegeneinander auf, und die Gefahr eines latenten Bürgerkrieges wächst von Tag zu Tag mehr. Der Reichskanzler hat bei seinem Amtsantritt erklärt, er werde die Finanzen sanieren und dann die großen außenpolitischen Fragen in Angriff nehmen zu wollen. Diese These war von vornherein ein Scheitern, sie verwehrt die Ursache und Wirkung. Die Finanzen sind in Unordnung, weil sie ewig durch eine Tributpolitik bedroht wurden, die sich vor der ganzen Welt als undurchführbar erwiesen hat. Es ist ein Irrtum zu glauben, man könne eine aktive Außenpolitik betreiben ohne ein geschlossenes, einig und einigartiges Volk hinter sich zu haben. (Beifall bei den Nat.-Soz.).

In der Außenpolitik hat die Reichsregierung eine katastrophale Niederlage nach der anderen in niegeheumem Ausmaß erlitten. Für selbst auch die Verbindung mit den breiten Massen des Volkes. Sie steht auf einer wankenden und in sich zerbröckelnden Parlamentarität, die sich nicht mehr des Volkes selbst erfreut. Wundern man sich, wenn Deutschland unter diesen Umständen vor der Welt jede Bündnisfähigkeit verloren hat? Die Entwicklung, die seit Nachtübernahme durch Reichskanzler Brüning eingeleitet hat, heißt das spannungsreiche Ergebnis der Entwicklung, die in Deutschland seit dem 9. November 1918 Platz gegriffen hat. Wir haben uns lebensschädlich gegen die Annahme des Young-Planes zur Wehr gesetzt. Das amtliche Deutschland trat uns entgegen, die Röntgenstrahlen am Radio die Führer der nationalen Oppositionsbewegung als wirtschaftliche und politische Landesverräter an. — (Unruhe links. — Präf. Vöbe erhebt mehrfach um Ruhe.)

Am 14. September 1930 erhielt das amtliche Deutschland für diese 12jährige Politik des Verfalls und des Verzichtes vom Volk die Quittung. Es bestand damit die Möglichkeit, eine nationale Regierung auszuwählen. Diese Möglichkeit habe die Regierung Brüning unterbunden. Die Nationalsozialisten haben das Recht, von der Regierung Rechenschaft zu verlangen über das, was sie versprochen und was sie geleistet hat. Die Sanierung der Finanzen ist auf der ganzen Linie mißlungen. Es hat sich gezeigt, daß man mit dem Paragraphen 48 alles, was kein Geld machen kann. Die Weisheit der Notverordnungen habe die Reichsregierung in

die Hände marxistischer Länderregierungen gelegt, um die nationalsozialistische Bewegung niederzuwerfen.

Der Redner geht im einzelnen auf die Notverordnungsmassnahmen ein und erwähnt dabei u. a., daß im Verlaufe des letzten halben Jahres gegen 28 nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Redeverbote verhängt worden seien. Im Laufe von drei Monaten habe die nationalsozialistische Bewegung 24 tote zu verzeichnen. (Fortgef. Plat-Rufe bei den Nat.-Soz. — Gegenrufe bei den Komm.). Die Entrückungsbündigungen der Nationalsozialisten steigern sich, als der Redner erklärt, der Mann, der in Preußen betraut sei, die Notverordnungen gegen die Nationalsozialisten in Anwendung zu bringen, habe in Bezug auf Oester gelang, fremde Eindringlinge mächten mit der Bundeswehr aus Deutschland gejagt werden. Der Redner kritisiert weiter die Bemerkung des Reichspräsidenten Vöbe in einer Verklamung, wonach die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten den Bürgerkrieg bedeuten würde.

Der Redner hat zur Genüge erwiesen, wie tief das deutsche Ansehen im Ausland gesunken ist. Die ganze Welt weiß, daß die Tributfrage nur von einem freien Deutschland gelöst werden kann. Trotzdem verfährt sie den Tag der Entscheidung von Monat zu Monat, weil Sie, Herr Reichskanzler, keine Alternative mehr besitzen, (Lebh. Beifall bei den Nat.-Soz.), weil man mit Ihnen keine Verträge abschließen will, weil Sie der Mann von gestern sind, und der Mann von morgen kommt. (Erneuter Beifall bei den Nat.-Sozialisten.)

Nach Erlass der letzten Notverordnung hat der Reichskanzler am Runden die nationalsozialistische Bewegung mit einem Frontalangriff bedacht, der bis dahin in der deutschen Innenpolitik noch nicht dagewesen ist. Man hat uns in Deutschland als Staatsbürger 1. Klasse behandelt. Aber wenn man uns nötig hatte, dann wollte man uns gerne gewinnen. Man ist uns mit Lüge und Terror entgegengetreten, aber unsere Bewegung ist gewachsen. Wir sollten nun auf parlamentarischem Wege ein System am Leben erhalten, das auch der Reichspräsident sieben Jahre lang geübt und verantwortet hat. Dabei herrscht der größte Zustand, daß der Führer unserer Partei nicht einmal den Staatsbürgerstatus hatte. Wir haben das Ansehen des Reichspräsidenten abgelehnt, und zwar aus verfassungswidrigen wie auch aus politischen und moralischen Gründen, die dem Reichspräsidenten und damit der Dauer des Systems zu verlängern.

Den Rufus des sogenannten Sahm-Auslasses (Lachen rechts) hat auch der Industrielle Vöbe unterzeichnet, der im April 1925 in der „Frankfurter Zeitung“ schrieb, die Aufstellung Hindenburg hätte ihn wie ein Schlag vor den Kopf getroffen, er könne sich nicht helfen, das sei ein Verbrechen an unserem Volk. (Lebh. Hört. Hört-Rufe bei den Nat.-Soz.). Das ist die demokratische Deuselei, die wir aus Deutschland mit Stumpf und Stiel entfernen wollen. (Beifall.) Der Sahm-Auslass stellt in der Tat einen Auslass dar. (Beifall bei den Nat.-Soz.). Es ist ein Irrtum des Reichspräsidenten, wenn er erklärt, daß er seinen Platz nicht eigenmächtig verlassen wolle. Er ist auf sieben Jahre gewählt, und handelt nur pflichtgemäß, wenn er seinen Platz nach Ablauf dieser Zeit verläßt. Erhebt er weiterhin Anspruch auf unsere Stimmen, so muß er sich gefallen lassen, daß die von ihm verantwortete Politik kritisch überprüft wird. Nicht die nationalsozialistische Bewegung hat Hindenburg im Stich gelassen, nein, Hindenburg hat die Sache seiner Wähler im Stich gelassen. (Lebh. Beifall rechts.) Er hat sich eindeutig auf die Seite der Mitte und der Sozialdemokratie gestellt.

Ein altes nationalsozialistisches Wort besteht noch immer zu Recht: „Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich sage Dir, wer Du bist!“ Als der Redner in diesem Zusammenhang die Sozialdemokraten Defektoren nennt, erhebt sich bei der anwesenden Partei ungehörter Lärm. Die sozialdemokratischen Abgeordneten drängen auf die Rednertribüne zu, ebenso die Nationalsozialisten. Durch andauernde Zwischenrufe wird Abg. Goebbels am Weiterreden verhindert.

Als auf die Vorsetzungen des Präsidenten einen Augenblick Ruhe eintritt, erklärt der Redner: Es ist mir bekannt, daß aus dem Reichstagsbüro der Sozialdemokraten eine Denkschrift herausgegangen ist, in der gesagt wird, daß der Bundesrat kein Verbrechen sei. (Erneuter großer Lärm bei den Soz.).

Präsident Vöbe versucht vergeblich, Ruhe zu schaffen und ruft dem Abg. Goebbels für den Ausdruck „Defektoren“ zur Ordnung, nachdem er ihn gefragt hat, ob ihm bekannt sei, daß in der sozialdemokratischen Fraktion sich Kriegsteilnehmer und Kriegsschädlinge befinden.

Die Sozialdemokraten verlangen aber, kürzisch, daß Abg. Goebbels die Beleidigung zurücknimmt. Ein entsprechender Rufus eines sozialdemokratischen Abg. wird von den Nationalsozialisten mit Hochgeschrei beantwortet.

Präsident Vöbe bittet erneut um Ruhe und bemerkt, daß er den Redner zur Ordnung gerufen habe und der Zwischenfall dadurch erledigt sei.

Die Sozialdemokraten rufen: Er muß die Beleidigung zurücknehmen! — Nach weiteren vergeblichen Versuchen, die

Ruhe wieder herzustellen, unterbricht Präsident Vöbe die Sitzung für eine halbe Stunde.

Nach etwa einstündiger Unterbrechung eröffnet Präsident Vöbe die Sitzung wieder. Er erklärt, daß der Vizepräsident sich mit dem Zwischenfall beschäftigt habe. Auf Grund des Stenogramms habe Dr. Goebbels in Bezug auf den Reichspräsidenten Hindenburg erklärt, er sei gelobt worden von der Altpresse und von der Partei der Defektoren. In dieser Bemerkung (siehe der Reichsanzeiger eine Beleidigung des Staatsoberhauptes und eine grobliche Verleumdung der Ordnung des Hauses. Abg. Dr. Goebbels wird daher von der Sitzung ausgeschlossen. (Sanktionen im Zentrum und bei den Sozialdem.) Abg. Dr. Goebbels verläßt den Saal unter fortgesetzten Geil-Rufen seiner Parteifreunde.

Im Namen von Kriegsteilnehmern verschiedener Fraktionen wendet sich Abg. Lemmer (Staatspartei) zum Wort, kann sich aber bei größter Unruhe und lärmenden Zurufen von der Rednertribüne nicht durchsetzen. Er erklärt, der Abg. Goebbels habe Mitglieder des Hauses beleidigt, die als Kriegsteilnehmer den Weltkrieg mitgemacht hätten. Diese Erklärung habe bei den Fraktionen, für die er spreche, und in den Kreisen der Kriegsteilnehmeraktionen größte Enttäuschung hervorgerufen. (Fortgesetzte große Unruhe. — Die Abgeordneten drängen zum Rednerpult, die Ausführungen des Redners selbst gehen im Lärm unter.) Von allen Parteien seien eben Opfer auf dem Altar des Vaterlandes dargebracht worden. Die Entrüstung sei um so größer, als der Abgeordnete Goebbels und ein großer Teil seiner Fraktionskollegen den Weltkrieg nicht mitgemacht hätten.

Abg. Stubbendorf (Dnat.) erklärt, er habe in dem Lärm nicht klar verstehen können, wem Herr Lemmer eigentlich vertrete. Er nehme deshalb Veranlassung, zu betonen, daß dessen Erklärung für die Kriegsteilnehmer der deutschnationalen Fraktion nicht abgegeben sei.

Abg. Graf (Komm.) erklärt, die Kriegsteilnehmer würden gemeinsam mit dem Proletariat ihre Sache gegen die kapitalistische Kriegspolitik der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten zu verteidigen wissen.

Abg. Straffer (Nat.-Soz.) wird von der linken mit lebhafter Unruhe empfangen. Der Redner protestiert gegen die unerhörte Gewalttätigkeit, die man gegen den Abg. Goebbels angewendet habe. Auf das Schicksal von der Partei der Defektoren habe sich nur die Sozialdemokratie getroffen gefühlt. (Sturm. Beifall bei den Nat.-Soz., Gelächter bei den Soz.) Dieser Name kann sich niemals auf jemanden beziehen, der bis zum letzten Tage an der Front gestanden hat. Die Sozialdemokratie hat sich gegen Ende des Krieges durch die geniale Verleumdung des Zusammenbruchs als Partei des Landesverrats bemächtigert. (Lebhafte Zustimmung bei den Nat.-Soz., Lärm bei den Soz. und Zurufe: Gehen Sie doch wieder hinaus in den Krieg!) Gerecht, wenn es notwendig wäre, Deutschland zu befreien. Ich kämpfte lieber gegen den Feind, als daß ich infolge der marxistischen Brüningpolitik vor Hunger freiere! Mit taumelnd geschulter Sozialdemokratie hat man aus den Worten des Abg. Goebbels eine Beleidigung konstruiert. Er hat dabei von einem Lobe gesprochen, das kann niemals eine Beleidigung sein. Das sind die letzten Judungen eines unheimlichen Systems, das sich, unfähig, sich noch zu wehren, nur der Mittel brutalster Vergewaltigung bedienen kann. (Lebh. Beifall bei den Nat.-Soz. — Große Unruhe links und in der Mitte.)

Abg. Dr. Schumacher (Soz.) betont unter dem Lärm der Nationalsozialisten, es habe keinen Zweck, sich mit den Nationalsozialisten über Beleidigungen zu unterhalten, da diese die Verleumdung geradezu zum System gemacht hätten. Die Sozialdemokraten hätten es nicht nötig, ihre durch Opfer an Gut und Blut ererbte nationale Politik (Lachen bei den Nat.-Soz.) gegenüber den Nationalsozialisten zu verteidigen, von denen ein großer Teil sich erst seit zwei oder drei Jahren mit Politik beschäftigt. Die nationalsozialistische Agitation sei ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen (Großer Lärm bei den Nat.-Soz.). Wenn man irgend etwas bei den Nationalsozialisten anerkennen könne, so sei es die Tatsache, daß ihnen zum ersten Mal in der deutschen Politik die Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen sei. Der Redner, der im Kriege einen Arm verloren hat, wende sich gegen eine nationalsozialistische Behauptung, er habe sich selbst verhämmert, und erklärt noch, daß 70 Prozent der sozialdemokratischen Fraktion im Kriege im aktiven Herredienst gestanden hätten.

Abg. Runkler (Soz.) bezeichnet eine Behauptung des Abg. Straffer als erlogen, wonach Runkler einem Verein der Defektoren angehört habe. Er, Runkler, habe in den Jahren 1917/18 an 'er Westfront bei Arras gestanden.

Abg. Mühlstein (Komm.) erklärt, daß der Reichstag im Zeichen imperialistischer Kriegspolitik lage. Aber es formierte sich die rote Einheitsfront des werktätigen Volkes gegenüber der Front der Volksausbeuter und Unter-